

ÄTHIOPIEN

Ärger mit dem Wahlbetrüger

Zwischen der Europäischen Union und Regierungschef Meles Zenawi vertiefen sich die Gräben. In einem 36-seitigen Brief an die Staatszeitung „Ethiopian Herald“ beschimpfte Äthiopiens Premier die EU-Wahlbeobachterin Ana Gomes als „selbsternannte koloniale Vizekönigin“ – weil sie einen Bericht verfasst habe, der „einen Haufen Lügen“ enthalte. Mit dieser Attacke reagiert der Regierungschef auf die Kritik an den Wahlen vom Mai.

Nach monatelangen Querelen um die Stimmenauszählung hatte sich die Regierung von Zenawi zum Sieger erklärt und die absolute Mehrheit im Parlament beansprucht. Nur kamen die europäischen Beobachter zu dem Schluss, „in mehreren wichtigen Punkten sind internationale Standards für echte demokratische Wahlen nicht erfüllt worden“. Nach dem Wahltag war bekannt geworden, dass die Opposition sämtliche Wahlkreise in der

Hauptstadt Addis Abeba gewonnen hat – die Regierung versuchte daraufhin, die weitere Auszählung zu verschleppen. Als dann auch noch Klagen über Wahlbetrug laut wurden, kam es zu Massenprotesten, bei denen über 40 Menschen von äthiopischen Sicherheitskräften ermordet und 3000 festgenommen wurden. Zeugen der Oppositionsparteien, die Wahlmanipulationen beobachtet hatten, wurden eingeschüchert, ein Zeuge wurde getötet, so der EU-Bericht.

Zenawi weist nicht nur die Schuld für die Verbrechen von sich – er schiebt die Verantwortung für das Massaker gar den europäischen Beobachtern in die Schuhe: Wären nicht EU-Informationen über die Mogeleyen der Regierung an die Öffentlichkeit gelangt, hätte das Blutbad womöglich verhindert werden können. Zudem kündigte er an, die Europäer „sollten sich nicht wundern, wenn sich Äthiopien nicht bevormunden lassen“



Polizeigewalt gegen Demonstranten

wolle. Wie Regierungschef Zenawi ohne sie auskommen will, bleibt unklar. Die Länder der Europäischen Union bestreiten gemeinsam mit den Vereinigten Staaten immerhin über 20 Prozent des äthiopischen Staatshaushalts.

MALAYSIA

Teure Rache

Er habe nur die überwiegend muslimische Nation davor bewahren wollen, mit Anwar Ibrahim von einem „homosexuellen Premier“ geführt zu werden. Dieser Satz könnte den malaysischen Ex-Regierungschef Mahathir Mohamad, 79, jetzt teuer zu stehen kommen. Anwar, 58, kündigte an, er werde seinen früheren Mentor auf 100

Millionen Ringgit (etwa 22 Millionen Euro) verklagen. Mahathir hatte in einem skrupellosen Machtkampf 1998 Anwar wegen angeblicher Korruption und „Sodomie“ ins Gefängnis werfen lassen. Die Chancen auf finanzielle Entschädigung für das erlittene Unrecht stehen gut. Denn seit der gemäßigte Muslim im vergangenen Jahr nach sechs Jahren Haft auf freien Fuß gesetzt wurde, ist er aus fast jeder Schlacht gegen das malaysische Establishment als Sieger hervorgegangen. Erst wurde seine

Verurteilung wegen Homosexualität, die in dem südostasiatischen Land strafbar ist, aufgehoben. Danach musste dem Ex-Politiker aus dem Nachlass des inzwischen verstorbenen Autors Khalid Jafri knapp eine Million Euro wegen Rufschädigung gezahlt werden. Jafris Pamphlet „50 Gründe, warum Anwar nicht Premier werden darf“ hatte Mahathir 1998 erst die publizistische Munition für die Angriffe gegen seinen Vize geliefert. Der Polit-Rentner ließ vergangene Woche wissen, er fürchte die Klage seines einstigen Zöglings nicht. Das könnte sich jedoch schnell ändern. Denn Anwar schließt mittlerweile nicht mehr aus, dass er bald wieder in die Politik zurückkehren werde.



Anwar mit Ehefrau und Töchtern



Stadtansicht mit Dom

KALININGRAD/KÖNIGSBERG

Putins neuer Besen

Mit einem handstreichartigen Unternehmen hat Präsident Wladimir Putin die Führung in Russlands Ostsee-Exklave ausgetauscht. Obwohl der bisherige Gouverneur, Admiral a.D. Wladimir Jegorow, 66, noch zwei Monate zu amtierem hatte, drückte Moskau mit Hilfe des Gebietsparlaments einen neuen Mann für den Chefsessel durch: Georgij Boos, 42, Mitglied der Krempartei Einiges Russland und bisher stellvertretender Vorsitzender der Staatsduma. Zusätzlich durch öffentliche Korruptionsanschuldigungen entnervt, trat Jegorow vorige Woche zurück. Parteigenossen feiern Nachfolger Boos als „einen der besten Manager Russlands“; in Wirklichkeit aber geht es Putin

LATEINAMERIKA

Eingreiftruppe für die Anden?

Die geplante Entsendung US-amerikanischer Soldaten nach Paraguay schürt in den Nachbarländern die Furcht vor einer militärischen Intervention in der Region. Politiker in Argentinien und Uruguay hegen den Verdacht, Washington wolle eine Militärbasis errichten, um bei Unruhen in der politisch instabilen Anden-Region rasch eingreifen zu können. Tatsächlich hat Paraguay der Bush-Regierung die Stationierung von bis zu 400 Soldaten für gemeinsame Manöver bis Ende 2006 erlaubt. Die wiederum hat dem Land im Gegenzug wirtschaftliche Vergünstigungen in Aussicht gestellt. Auch politisch umwirbt Washington Präsident Nicanor Duarte. Er wurde als erster paraguayischer Staatschef im Weißen Haus empfangen, Mitte August kam Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zu einem Überraschungsbesuch nach Asunción. Eine Militärallianz wäre für die USA von unschätzbarem Wert: Paraguay liegt



JORGE SÁENZ / AP

Proteste gegen amerikanische Truppen in Asunción



strategisch günstig. US-Marines könnten leicht im benachbarten Bolivien eingreifen, einem chronischen Unruheherd. Außerdem hätte die Bush-Administration direkten Zugang zu dem Länderdreieck Paraguay, Argentinien und Brasilien, das als Fluchtburg für islamische Terroristen und Drogenhändler gilt. Washington ist verstärkt auf der Suche nach einem Verbündeten in

Lateinamerika. Denn die meisten Länder werden inzwischen von Linken, Linkspopulisten oder Sozialdemokraten regiert, nur Kolumbiens Präsident Alvaro Uribe unterstützt die US-Regierung. Und in Ecuador, wo Washington eine Militärbasis besitzt, wächst seit dem Sturz des US-freundlichen Präsidenten Lucio Gutiérrez vor fünf Monaten der Widerstand gegen die Präsenz der Amerikaner.



DIRK EISERMANN / LAIF

darum, endlich einen verlässlichen Vertreter der Zentrale auf dem westlichsten Gouverneursposten zu wissen. Boos soll die korrupten Strukturen in der Provinz aufbrechen und verhindern, dass dort weiterhin Staatsgelder versickern. Vorab präsentierte sich der Neue wortreich als Retter des Ostseesprengels: Binnen fünf Jahren, so versprach er, würden die Kaliningrader leben wie ihre Nachbarn in Litauen und Polen, nach weiteren fünf angeblich so wie die Deutschen. Ähnliche Prognosen hatten schon seine Vorgänger gewagt, dabei liegt Kaliningrad im Pro-Kopf-Einkommen nach wie vor weit hinter Vilnius und Warschau zurück. Immerhin: Als erster Gouverneur pries Boos die „Denkmäler des Deutschen Ritterordens und der preußischen Monarchie“ im einstigen Königsberg – man müsse sie wiederherstellen, „um den Tourismus anzukurbeln“.

USBEKISTAN

Autoritärer Partner

Wegen unübersehbarer Passivität verspielt die Europäische Union ihre Glaubwürdigkeit in der zentralasiatischen Republik. Regierungstruppen hatten bei einem Massaker am 13. Mai im ostusbekischen Andischan nach Schätzungen von Bürgerrechtlern mehr als 700 Menschen umgebracht. Es habe sich um einen islamistischen Umsturzversuch gehandelt, argumentiert das Regime von Diktator Islam Karimow, das seit voriger Woche einen Schauprozess gegen die ersten 15 Angeklagten führt. Die EU-Außenminister hatten von der Regierung in Taschkent gefordert, bis Ende Juni eine internationale Untersuchungskommission in Sachen Andischan zuzulassen. Für den Fall einer Ablehnung drohte Brüssel, das Partnerschaftsabkommen mit dem 25 Millionen Einwohner zählenden Land auszusetzen. Doch das Regime lässt bislang weder eine unabhängige Untersuchung des Blutbads zu, noch war Karimow bereit, einen Menschenrechtsbeauftragten der EU in Taschkent zu empfangen. Den vollmundigen Ankündigungen der Europäer aber folgen keine Taten –

auf ihrem Treffen Anfang September hatten die EU-Außenminister das Thema einfach vertagt. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch moniert, weder die EU noch die USA würden Druck auf Taschkent ausüben, das zudem hinlänglich bekannt sei für seine Folterpraktiken. Der Grund: Das autoritäre Regime gilt als Partner der Anti-Terror-Koalition. Amerikaner und Deutsche nutzen Stützpunkte in Usbekistan für den Afghanistan-Einsatz. Die Amerikaner müssen auf usbekisches Drängen hin bis Ende Januar abziehen; die Bundeswehr, mit rund 300 Soldaten im usbekischen Termes stationiert, darf bleiben. Berlin, das zwölf Millionen Euro in die Basis Termes investiert hat, sieht keinen Grund für die Suche nach einem anderen Standort.



AFP

Angeklagte beim Prozess in Taschkent